Niederschrift
über die 27. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport
am **Donnerstag, 1. Oktober 2015, 17:00 Uhr**
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

Anwesende:

Mitglieder
Esther Kalveram, Vorsitzende, SPD
Anja Lipschik, 1. stellvertretende Vorsitzende, B90/Grüne
Donald Strube, 2. stellvertretender Vorsitzender, parteilos
Judith Boczkowski, Mitglied, SPD
Carsten Höhre, Mitglied, SPD
Norbert Sprafke, Mitglied, SPD (Vertretung für Monika Sprafke)
Birgit Hengesbach-Knoop, Mitglied, B90/Grüne
Christine Hesse, Mitglied, B90/Grüne (Vertretung für Dr. Andreas Jürgens)
Yasemin Ince, Mitglied, B90/Grüne
Norbert Hornemann, Mitglied, CDU
Bodo Schild, Mitglied, CDU
Jutta Schwalm, Mitglied, CDU
Vera Katrin Kaufmann, Mitglied, Kasseler Linke

Teilnehmer mit beratender Stimme
Jörg-Peter Bayer, Stadtverordneter, Piraten
Altan Tanyeri, Vertreter des Ausländerbeirates
Helmut Ernst, Vertreter des Behindertenbeirates

Magistrat
Christian Geselle, Stadtkämmerer, SPD
Anne Janz, Stadträtin, B90/Grüne

Schriftführung
Andrea Herschelmann, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:
Barbara Bogdon, Mitglied, SPD
Dr. Bernd Hoppe, Mitglied, Demokratie erneuern
Manfred Aul, Vertreter des Seniorenbeirates

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen
Ute Pähns, Sozialamt
Dr. Gabriele Oefner, Gesundheitsamt Region Kassel
Sandra Stahl, Jugendamt

Dr. Ute Giebhardt, Frauenbüro
Ines-Carola Wagemann, Jugendamt
Stefanie Burmester, 1. Mädchenhaus Kassel e.V./Malala

Tagesordnung:

1.	**Anhörung zum Thema "weibliche Genitalverstümmelung"**	101.17.1593
2.	**Jahresbericht Sozialamt vorstellen**	101.17.1454
3.	**Vorstellung des Konzepts zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern**	101.17.1597
4.	**Langzeitarbeitslosen Zugang zu guter Arbeit gewähren**	101.17.1719
5.	**ALG II-Bezieher*innen als Elternzeitvertretung oder für Krankheitsvertretung vorrangig einstellen**	101.17.1720
6.	**Grenzwerte für die Miete bei Transferleistungsbezieher*innen**	101.17.1730
7.	**Angemessene Mieten und Übernahme der Kosten der Unterkunft sicherstellen**	101.17.1783
8.	**Umgang mit Mieterhöhungen im Sozialleistungsbezug**	101.17.1793
9.	**Geschäftspartner des Jobcenters Stadt Kassel sowie Art und Umfang der durchgeführten Maßnahmen**	101.17.1768
10.	**Hausärztliche Versorgung sicherstellen**	101.17.1770
11.	**Turnhalle Marbachshöhe**	101.17.1785
12.	**Übernahme von Fahrtkosten für Schüler aus armen Haushalten**	101.17.1794

Vorsitzende Kalveram eröffnet die mit der Einladung vom 24. September 2015 ordnungsgemäß einberufene 27. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung
Auf Antrag des Magistrats wird Tagesordnungspunkt

2. Jahresbericht Sozialamt vorstellen
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 13. Oktober 2014
Bericht des Magistrats
101.17.1454

von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.
Vorsitzende Kalveram stellt die geänderte Tagesordnung fest.

1. Anhörung zum Thema "weibliche Genitalverstümmelung"
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 23. März 2015
Bericht des Magistrats
101.17.1593

Beschluss

Wir bitten den Magistrat, im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport darüber zu berichten, welche Erkenntnisse in der Verwaltung mit dem Thema „weibliche Genitalverstümmelung“ in Kassel vorliegen und welche Präventionsarbeit hier geleistet wird.
Zu dieser Sitzung bitten wir den Magistrat, externe Fachleute einzuladen, die sich in Kassel mit dieser Problematik beschäftigen.

Stadträtin Janz leitet kurz in die Thematik ein. Im Anschluss berichten Frau Ines-Carola Wagemann aus der Abteilung Kindertagesstätten des Jugendamts und Frau Stefanie Burmester vom 1. Mädchenhaus Kassel e.V. / Malala Mädchenzentrum über die Problematik, die von Frau Dr. Ute Giebhardt, Frauenbüro, ergänzt wird. In der sich anschließenden Diskussion beantworten sie gemeinsam die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Bericht von Frau Ines-Carola Wagemann, Abteilung Kindertagesstätten des Jugendamtes (Kinderschutzfachkraft), Frau Stefanie Burmester, 1. Mädchenhaus Kassel e.V./Malala, und Frau Dr. Ute Giebhardt, Frauenbüro, wird zur Kenntnis genommen.

2. Jahresbericht Sozialamt vorstellen
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 13. Oktober 2014
Bericht des Magistrats
101.17.1454

Abgesetzt

3. Vorstellung des Konzepts zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 23. März 2015
Bericht des Magistrats
101.17.1597

Beschluss

Der Magistrat wird aufgefordert, halbjährlich über die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport zu berichten.

Der Bericht von Stadtkämmerer Geselle wird zur Kenntnis genommen.

4. Langzeitarbeitslosen Zugang zu guter Arbeit gewähren
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.1719 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. die Stadt Kassel stellt bei gleicher Eignung vorrangig Langzeitarbeitslose ein.
2. bei der Besetzung von Stellen in Bereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, gilt dieser Vorrang nur in Bezug auf weibliche Langzeitarbeitslose.
3. die Stadt Kassel wirkt bei den Unternehmen, an denen sie beteiligt ist, darauf hin, dass dort vergleichbare Regelungen eingeführt werden.

Stadtverordnete Kaufmann, Fraktion Kasseler Linke, begründet den Antrag ihrer Fraktion. Stadtkämmerer Geselle nimmt dazu Stellung.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei
Zustimmung: Kasseler Linke
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP
Enthaltung: --
Abwesend: Demokratie erneuern/Freie Wähler
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Langzeitarbeitslosen Zugang zu guter Arbeit gewähren, 101.17.1719, wird **abgelehnt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Sprafke

5. ALG II-Bezieher*innen als Elternzeitvertretung oder für Krankheitsvertretung vorrangig einstellen
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.1720 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1) die Stadt Kassel stellt als Elternzeitvertretung, zur Vertretung bei längeren krankheitsbedingten Ausfällen und für die Beschäftigung in zweckbefristeten Anstellungen vorrangig ALG II-Bezieher*innen ein.
2) bei der Besetzung von Stellen in Bereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, gilt dieser Vorrang nur in Bezug auf weibliche ALG II-Bezieher*innen.
3) falls die an der ausgeschriebenen Stelle bzw. den ausgeschriebenen Stellen interessierten ALG II-Bezieher*innen die Qualifikationsanforderungen nicht vollständig erfüllen, soll eine adäquate Weiterbildung erfolgen.
4) vor Beginn entsprechender Qualifizierungsmaßnahmen soll geprüft werden, ob die Kosten hierfür ganz oder teilweise vom Land, vom Bund, der EU oder einer anderen öffentlichen Stelle übernommen werden können.
5) die Stadt Kassel wirkt bei den Unternehmen an denen sie beteiligt ist darauf hin, dass dort vergleichbare Regelungen eingeführt werden.

Stadtverordnete Kaufmann, Fraktion Kasseler Linke, begründet den Antrag ihrer Fraktion.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei
Zustimmung: Kasseler Linke
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP
Enthaltung: --
Abwesend: Demokratie erneuern/Freie Wähler
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. ALG II-Bezieher*innen als Elternzeitvertretung oder für Krankheitsvertretung vorrangig einstellen, 101.17.1720, wird **abgelehnt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Lipschik

6. Grenzwerte für die Miete bei Transferleistungsbezieher*innen
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.1730 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

7. Angemessene Mieten und Übernahme der Kosten der Unterkunft sicherstellen
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.1783 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

8. Umgang mit Mieterhöhungen im Sozialleistungsbezug
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.1793 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

9. Geschäftspartner des Jobcenters Stadt Kassel sowie Art und Umfang der durchgeführten Maßnahmen
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.1768 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

10. Hausärztliche Versorgung sicherstellen
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.1770 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

11. Turnhalle Marbachshöhe
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.17.1785 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

12. Übernahme von Fahrtkosten für Schüler aus armen Haushalten
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.1794 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

Ende der Sitzung: 18:52 Uhr

Esther Kalveram
Vorsitzende

Andrea Herschelmann
Schriftführerin

Frauenbüro
ute:giebhardt@kassel.de
Tel. 0561 787 7069

Stadtverordneten-Versammlung
Kassel
Eing. 03. NOV. 2015

14. Oktober 2015

An
-16-

über – V-

Sozialausschusssitzung 1. Oktober 2015 – Bericht des Magistrats zu FGM

Das Thema Weibliche Genitalverstümmelung (FGM in der Abkürzung des englischen Fachbegriffs female genital mutilation) ist ein Aspekt des Schutzes von Frauen vor Gewalt auch bei uns, weil es Zuwanderung auch aus Ländern gibt, in denen diese schädliche Tradition sehr stark verbreitet ist, das gilt z. B. für Somalia und Eritrea. In Deutschland ist FGM seit 2013 ein gesondert beschriebener Straftatbestand, daher gibt es seit dieser Zeit verstärkte Bemühungen darum, dieses starke Verbot auch wirksam werden zu lassen. Es hat in Kassel größere Veranstaltungen grundsätzlich zum Thema gegeben: Eine erste öffentliche Veranstaltung im November 2014, dann in diesem Frühjahr eine große Fortbildungsveranstaltung für die Kita-Abteilung, die auch für andere Berufsgruppen geöffnet war; im September noch den Frauenempfang des Landkreises Kassel. Wichtig ist, über das Thema zu informieren, ohne zu stigmatisieren. Zur Information derer, die professionell mit Frauen und Mädchen arbeiten (Gynäkologinnen und Gynäkologen, Hebammen, pädagogisches Personal) sind weitere Veranstaltungen geplant, auch in Zusammenarbeit von Stadt und freien Trägern. In der Kita-Abteilung sind die Abläufe klar, wenn Sorge über eine möglicherweise bevorstehende Kinderrechtsverletzung besteht – die Kinderschutzfachkraft wird hinzugezogen und Gespräche werden geführt. In der Stadt gibt es Frauenärztinnen, die mit dem Thema vertraut sind und für Beratung zur Verfügung stehen. Der Dialog und die Aufklärungsarbeit mit den Gemeinschaften aus Herkunftsländern, in denen FGM verbreitet ist, soll über informelle Gesprächsangebote (lockere Treffen mit Informationen über Bildung und Gesundheit) noch stärker aufgenommen werden. Dazu ist eine Zusammenarbeit vom Mädchenzentrum Malala und FGM International Kassel e.V., einem lokale Verein, der FGM bekämpft, geplant.

Ute Giebhardt

Dr. Ute Giebhardt